

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Postfach 3161 , 5430 Wettingen , Telefon 079 773 34 50 , PC-Konto: 60-528878-0
info@monetative.ch / vollgeldreform@gmail.com , www.monetative.ch

Die Vollgeld-Initiative in Kürze

Der Finanzmarkt ist eine Macht. Er bestimmt in wesentlichen Teilen, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln. Daher wollen wir seine demokratische Gestaltung ermöglichen. Nationalbank und Behörden brauchen neue Werkzeuge, um die Erfüllung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben des Finanzmarkts so zu garantieren, dass ein moderner, bisweilen auch kreativer Finanzmarkt weiterhin möglich ist, aber ohne dass seine Auswirkungen die Realwirtschaft gefährden und die Steuerzahler belasten. Nach der Vollgeldreform stehen diese Werkzeuge zur Verfügung.

Die Reform reduziert die Krisenanfälligkeit der Finanzwirtschaft, erhöht die Geldwertstabilität und bietet die Möglichkeit, die Staatsverschuldung abzubauen. Um sie durchzuführen, braucht es eine Verfassungsänderung mit drei Elementen:

1. **Finanzmarkt** (Artikel 99 der „*Plattform für eine neue Geld- und Finanzmarktverfassung*“ *)

Wie das Stromnetz oder das Strassen- und Schienennetz sind auch die Geldversorgung und die Finanzmarktinfrastruktur notwendige Voraussetzungen, die modernes Wirtschaften erst möglich machen. Im Rahmen des Service Public hat der Staat die Aufgabe, einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten. Zwar soll der Staat nicht selber finanzielle Dienstleistungen erbringen, aber er muss sich bei der Zulassung der Tätigkeiten privater Finanzdienstleister am gesellschaftlichen Nutzen orientieren.

2. **Geldordnung** (Artikel 99a der „*Plattform für eine neue Geld- und Finanzmarktverfassung*“ *)

Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld ist eine Staatsaufgabe. Die Bundesverfassung sieht bereits heute ein staatliches Geldmonopol vor, doch die aktuelle Regelung ist von der technischen Entwicklung von Zahlungsverkehr und Finanzmarkt überholt worden. Diese Gesetzeslücke muss geschlossen werden. Heute wird meist elektronisch gezahlt. Das Buchgeld auf Girokonten ist kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur das Versprechen einer Bank, Geld zu zahlen. Trotzdem kann man es wie Bargeld gebrauchen, meist sogar bequemer. So können Banken mehr Geld verleihen, als sie gesetzliches Zahlungsmittel besitzen. Sie verdienen mit blossen Versprechen auf Geld Zinsen, kommen aber nicht für den Schaden auf, wenn sie ihre Versprechen nicht einlösen können. Die Möglichkeit, auf diese Art die Menge an Zahlungsmitteln zu vergrössern, kommt einer gewaltigen Subvention an die Banken gleich. Diese Möglichkeit auszuschliessen ist ein Kernpunkt der Vollgeldreform.

3. **Nationalbank** (Artikel 99b der „*Plattform für eine neue Geld- und Finanzmarktverfassung*“ *)

Heute haben Banken die Möglichkeit, ihre Geldreserve gering zu halten. Reicht ihre Reserve nicht aus, so müssen sie sich Geld von Anlegern, anderen Banken oder der Nationalbank beschaffen. Da die Banken der ständigen Bedrohung ausgesetzt sind, das den Kunden versprochene Geld nicht beschaffen zu können, wurde es zu einer Aufgabe der Nationalbank, den Banken über diese Engpässe hinwegzuhelfen. Die Nationalbank steht dabei unter Zugzwang. Sie muss auf die Bedürfnisse der Banken eingehen.

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Postfach 3161 , 5430 Wettingen , Telefon 079 773 34 50 , PC-Konto: 60-528878-0
info@monetative.ch / vollgeldreform@gmail.com , www.monetative.ch

Nach der Vollgeldreform müssen Banken das Geld, das sie verleihen, bei Vertragsabschluss tatsächlich zur Verfügung haben. Dadurch kehrt sich die Situation um: Was die Anleger und die Nationalbank tun, bestimmt die Handlungsmöglichkeiten der Banken. Die Nationalbank gewinnt an Handlungsspielraum und kann die Geldmenge direkt steuern.

Heute kommt Geld durch die Vergabe von Krediten in Umlauf. Geld entsteht aus Schulden. Würden alle Schulden getilgt, so wäre alles Geld verschwunden. Banken bestimmen die Menge an Geld, weil sie die Menge an Schulden bestimmen. Wenn die Wirtschaft wächst, vergeben die Banken viele Kredite. Dadurch nimmt die Geldmenge zu. In der Krise reduzieren Banken die Menge der Kredite. Die Geldmenge nimmt ab. Das verschärft den Konjunkturzyklus zusätzlich.

Nach der Vollgeldreform beeinflusst die Kreditvergabe der Banken die Geldmenge nicht mehr, weil nur so viel Kredit vergeben werden kann, wie Geld verfügbar ist. Die Banken werden wieder zu Vermittlern und sind nicht mehr Schöpfer von Geld. Der die Konjunkturzyklen verstärkende Effekt fällt weg. Die Nationalbank entscheidet nach denselben Kriterien wie heute, ob eine Erhöhung der Geldmenge notwendig ist. Von ihr neu geschaffenes Geld hat nicht mehr hauptsächlich die Aufgabe, die Banken zu refinanzieren, und kann darum zielgerichtet in Umlauf gebracht werden. Je nach den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen kann neues Geld schuldfrei Bürgern und Staat, oder als verzinsliches Darlehen den Banken zugeteilt werden: den Bürgern als konsumfördernde Massnahme, dem Staat zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten oder zur Entlastung der Staatskasse, den Banken zur Stabilisierung und Steuerung der Finanzmärkte. Damit bedeutet die Erhöhung der Geldmenge nicht mehr zwingend eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Verschuldung. Mit der Möglichkeit einer Zuteilung von neuem Geld an den Staat, schafft die Vollgeldreform auch die Chance zum Abbau der Staatsschulden.

Durch die Vollgeldreform mit neuen Handlungsmöglichkeiten ausgerüstet, ist die Nationalbank vermehrt Begehrlichkeiten von Finanzwirtschaft und Tagespolitik ausgesetzt. Entsprechend unabhängig muss die Nationalbank daher sein, damit sie ihre Aufgaben im Gesamtinteresse des Landes wahrnehmen kann. Analog zur Judikative darf die Nationalbank als „Monetative“ nur dem Gesetz verpflichtet sein.

Warum soll gerade die Schweiz als erste die Vollgeldreform durchführen? Wir allein haben auf nationaler Ebene die demokratischen Instrumente, um das erforderliche politische Verfahren auszulösen. Mit ihren stabilen politischen Verhältnissen, einer produktiven Wirtschaft, einer starken eigenen Währung und der Tradition einer unabhängigen Zentralbank bringt die Schweiz auch alle sachlichen Voraussetzungen mit, um eine Vollgeldreform erfolgreich umzusetzen. Würde die Schweiz als bedeutender Finanzmarkt diesen Schritt gehen, hätte das Signalwirkung.

Mai 2011

* Die „Plattform für eine neue Geld- und Finanzmarktverfassung“ wurde im Hinblick auf die Vollgeldreform-Tagung vom 13. Mai 2011 von Philippe Mastrorandi in Zusammenarbeit mit dem Verein Monetäre Modernisierung ausformuliert.